

Konrad-Adenauer-Stiftung
Außenstelle Washington

THINK TANK UPDATE
SEPTEMBER 2003

**Madam Secretary is back, Wirtschaftswachstum
ohne Jobs, Präsidentschaftswahl, Reformen in
Brasilien und Kubas Zukunft**

Franz Josef Reuter
Kristin Vorpahl
Caroline Kanter

Washington am 29. September 2003

Konrad-Adenauer-Stiftung
Außenstelle Washington
20005 Massachusetts Avenue, NW
Washington, DC 20036
USA

Tel. 202-986-9460
Fax. 202-986-9458
info@kasusa.org
<http://www.kasusa.org>
<http://www.kas.de>

Madam Secretary is back, Wirtschaftswachstum ohne Jobs, Präsidentschaftswahl, Reformen in Brasilien und Kubas Zukunft

Die diplomatische Riege der Clinton-Administration meldet sich peu a peu zurück. Madeleine Albright sorgt für Aufmerksamkeit mit Veröffentlichungen zur eigenen Biographie, zu den Vereinten Nationen und zur amerikanischen Diplomatie. General Wesley Clarke möchte George W. Bush im Weißen Haus ablösen. Dabei dürften die demokratischen Steckenpferde Wirtschaft und soziale Sicherung schon bald vielmehr Aufmerksamkeit erfordern als diplomatisches und militärisches Geschick. Denn die Armutszahlen in den USA sind im vergangenen Jahr kräftig angestiegen, und eine Besserung ist nicht in Sicht. Außerdem in dieser Ausgabe: ein neues Internetportal der Adenauer-Stiftung zu den transatlantischen Beziehungen, wie Terroristen Containerfrachten für ihre Zwecke missbrauchen könnten und Reformen in Lateinamerika.

Madam Secretary is back

„Madam Secretary“ **Madeleine Albright** *is back*. Mitte August war die Autobiographie von Amerikas erster Außenministerin (1997-2001) und früherer Botschafterin (1993-1997) bei den Vereinten Nationen (VN) erschienen. Man erinnert sich: Für die **Clinton-Administration** trommelte die Politikwissenschaftlerin kräftig gegen die VN und vor allem den damaligen Generalsekretär **Boutros Boutros-Ghali**. Kein Penny sollte mehr von Washington nach New York fließen, wenn sich die VN nicht schleunigst und vor allem unter der Leitung eines neuen Generalsekretärs reformierten. Heute gehört Frau Albright zu den vehementesten Befürwortern einer starken Weltorganisation und fordert: „Think Again: The United Nations.“ So zumindest schreibt sie in **Foreign Policy**. Die VN sind Albright zufolge nicht „nutzlos“, wie die meisten Neo-Konservativen hier meinen. Aus einem einfachen Grund: „Mit \$1,25 Milliarden pro Jahr – soviel wie das Pentagon alle 32 Stunden ausgibt – sind die Vereinten Nationen immer noch die beste Investition im Kampf gegen AIDS und SARS, gegen Hunger und für Flüchtlinge, gegen globale Kriminalität und die Ausbreitung nuklearer Waffen.“ In ihrem Artikel „Bridges, Bombs, or Bluster“ für **Foreign Affairs** nimmt sich Albright in Länge der globalen Probleme seit „9/11“ an und warnt die Regierung Bush davor, Weltpolitik schwarz-weiß zu malen und in Kategorien wie „für uns“ oder „gegen uns“ einzuordnen.

Transatlantische Beziehungen: Besserung in Sicht?

Der „transatlantische Riss“ lässt ausgesprochene Transatlantiker nicht los. Durch die Natur der Sache zu striktem Optimismus in Sachen europäisch-amerikanischer Freundschaft verpflichtet, beschwichtigen sie Pessimisten wieder und wieder. **Ronald Asmus** ist einer dieser ausgemachten Transatlantiker. Häufig und gern zeigt Asmus, der beim German Marshall Fund und beim **Council on Foreign Relations** forscht, auf eine Vergangenheit, in der die Festen der transatlantischen Allianz so manches Mal viel heftiger vom Einsturz bedroht waren. In den 1950er Jahren war Amerika alles andere als erfreut über Besetzung des Suez-Kanals durch französische, britische und israelische Truppen, dito für **Charles de Gaulles'** Politik des „leeren (NATO-)Stuhls“ in den 1960er, den Kampf um die „Euromissiles“ in den frühen 1980ern und schließlich die weit auseinanderklaffenden Auffassungen darüber, wie sich die Kriege auf dem Balkan beenden ließen. Was die aktuelle Situation angeht, so lenkt Asmus ein. Derart schlecht habe es um die transatlantische Partnerschaft noch nie gestanden. Das verlange nach einer ganz neuen Diplomatie auf beiden Seiten, in deren Mittelpunkt die Erweiterung der Euro-Atlantischen Gemeinschaft und die Stabilisierung des Nahen Ostens stehen müssten. Ganz im Lichte der transatlantischen Beziehungen steht das neue Internetportal der **Konrad-Adenauer Stiftung** – www.Transatlantik-Netz.de. Mit Analysen, Hintergrundberichten, Essays und Veranstaltungshinweisen will das Portal über die aktuellen Turbulenzen im europäisch-amerikanischen Verhältnis aufklären und ein besseres Verständnis für die Positionen auf beiden Kontinenten fördern.

Dabei hätte es nicht zum Eklat kommen müssen. Schon gar nicht, als es für die USA darum ging, die „Koalition der Willigen“ zu engagieren. Zwar hätten die Interessen so gelegen, dass es zu keinem Zeitpunkt einfach gewesen wäre, auch Frankreich, Deutschland, Russland etc. für den Krieg im Irak zu gewinnen. Aber schwierig heißt nicht unmöglich. Und so schreibt **James Rubin**, Professor für Internationale Beziehungen an der **London School of Economics** und Stellvertretender Außenminister für Öffentliche Angelegenheiten unter **Bill Clinton**, in seinem **Foreign Affairs**-Artikel „Stumbling Into War“, dass die diplomatischen Vorkriegsmanöver der **Regierung Bush** eine Lehrbuchstudie dafür seien, wie Diplomatie nicht betrieben werden dürfe.

Demokratie und Nationale Sicherheit

Nach 1989 hat es es viele Wortschöpfungen gegeben, die die Zukunft dieser Erde suggerierten. Anfangs waren sie noch verheißungsvoll; Friedensdividenden und die neue Weltordnung versprachen Frieden, Demokratie und Wohlstand für alle. Dann brachen Staaten auseinander, Bürger- und Guerillakriege und schließlich blanker Terror vernichteten etwaige Friedensdividenden binnen kurzer Zeit. Bald war die Rede von Failing oder Failed States – scheiternden oder schon gescheiterten Staaten. Sie sind, das hat 9/11 gezeigt, ein Nährboden für alle, die sich der westlichen Demokratie mit Gewalt verweigern wollen. In seinem Artikel „Engaging Failing States“ für **Foreign Affairs** fordert **Chester Crocker**, Professor für Strategische Studien an der **Georgetown University**, die Regierung in Washington auf, diesen Boden nicht weiter zu nähren, sondern sich dem Scheitern von Staaten entgegenzustellen – so wie es die National Security Strategie 2002 vorgibt.

Umbau des amerikanischen Militärs

„Military Transformation“ heißt das neue Zauberwort des Pentagons. Gemeint ist die bevorstehende Metamorphose des amerikanischen Militärs. Statt schwerfälliger, großer Truppenverbände, die vor allem in Deutschland, Japan und Südkorea auf feste Liegenschaften angewiesen sind, soll es künftig kleine, bewegliche Einheiten geben. Das Ziel, so Undersecretary of Defense for Policy, **Douglas Feith**: „Alles muss sich überall einsetzen lassen.“ Bei den „Gastgebern“ stoßen solche schon diskutierten, nun aber vor der Umsetzung stehenden Strategien nicht auf Wohlgefallen. Ganze Regionen hängen wirtschaftlich ja oft von einer amerikanischen Militärbase ab. Doch, so schreiben **Kurt Campbell**, Vizepräsident von CSIS, und Celeste Johnson Ward vom International Security Programm des **Center for Strategic and International Studies (CSIS) Foreign Affairs**, könnten solche (leeres militärischen Reformen auch ungewollte politische, diplomatische und wirtschaftliche Konsequenzen mit sich bringen, die Washington bisher nicht bedenkt.

Kuba vor dem Ende? Brasilien am Anfang?

Seit Spanien Kuba nach dem Frieden von Paris im Jahre 1898 an die USA hatte abtreten müssen, sind unzählige Publikationen zu den Beziehungen dieser ungleichen Nachbarn erschienen. Erst die kubanische Revolution, die 1959 **Fidel Castro** an die Spitze des Landes beförderte, machte Schluss mit dem

„Interventionsrecht“, das sich die USA in der **Monroe-Doktrin** vorbehalten hatten. Seitdem sind die sozialistische Republik Kuba wie auch ihr Präsident Castro immer wieder totgesagt worden. Totgesagte, das weiß der Volksmund, leben länger – vor allem mit einem Widerpart, so mächtig und ohnmächtig, wie die USA es gegenüber Kuba sind. **Mark Falcoff** vom **American Enterprise Institute (AEI)** ist einer der bekanntesten Kenner Lateinamerikas. In seinem neuen Buch „Cuba the Morning After: Confronting Castro’s Legacy“ spekuliert Falcoff über die Zukunft der Karibikrepublik nach Castros Abgang. Was Falcoff sieht, sind Wirtschaftschaos, Kriminalität und vielleicht auch Terrorismus. Schließlich fehlten, außer katholischer Kirche und Militär, Institutionen, die eine Zivilgesellschaft zum Leben braucht. Und wo stehen die USA? Nun, Falcoff glaubt, dass es alsbald zu Unruhen und daraufhin zu einem Massenexodus in die Vereinigten Staaten kommen würde – worauf Washington reagieren müsste.

Washington ist im „**Lula**“-Fieber. Brasiliens neuer Präsident Luiz Inácio „Lula“ da Silva hatte vor seiner Wahl im vergangenen Jahr für allerlei Befürchtungen bei Beobachtern gesorgt. Manch einer sah schon ein zweites Venezuela, ein neues Kuba, eine sozialistische Republik Brasilien am Horizont. Doch Lula erwies sich als verlässlicher Partner und eifriger Erfüllungsgehilfe von Währungsfond und Weltbank. Dabei hatte Lula lediglich angekündigt, als Präsident nicht alles anders, sondern nur vieles besser zu machen als sein Vorgänger, der Soziologe **Fernando Henrique Cardoso**. In acht Jahren Regierungszeit hatte Cardoso seine Anhänger und Kritiker überrascht: Wirtschaftswachstum, Preisstabilität, kein Korruptionsskandal, hohes internationales Ansehen. Eigentlich hätte sich Lula nur ins gemachte Nest setzen und weiterregieren müssen. Hier widerspricht **Mauricio Font** der gängigen Meinung. In seinem Buch „Transforming Brazil“ blickt er auf Cardosos Jahre im Amt zurück und resümiert, dass Lula alles andere erwartet (hat) als ein gemachtes Nest. Cardoso hat stabilisiert. An Lula sei es nun, Brasilien wirklich, zukunftsweisend und umfassend – Rentensystem, soziale Sicherung und Steuern – zu reformieren.

Präsidentenschaftswahl 2004

Im November 2004 wählt Amerika einen neuen Präsidenten. Die unsichere Lage im Nahen Osten und das „joblose“ Wirtschaftswachstum bescheren Präsident **George W. Bush** in den Umfragen seit einigen Wochen so manchen Dämpfer. Doch Sorgen machen muss sich der Präsident noch nicht. Das Geld fließt weiterhin ohne Unterlass

und in großen Mengen in seine Wahlkampfkasse; und der politische Gegner, die Demokratische Partei, agiert keineswegs geschlossen. Die mittlerweile zehn Demokraten, die sich um die Nominierung ihrer Partei zum Präsidentschaftskandidaten bewerben, reden sich lieber gegenseitig klein. Analysiert, gedacht und gemanagt wird so ein Wahlkampf von Washingtons „K-Street“ aus. Ungleich den Think Tanks ist dort niemand offiziell (politisch) unabhängig. Doch das heißt nicht, dass sich die Think Tanks dem Wahlkampf verschließen können. Schließlich bestimmt das Wahlergebnis später das, was sie zu untersuchen haben. Dem Wahlkampf besonders verschrieben hat sich der **Council on Foreign Relations (CFR)**. Regelmäßig veranstaltet diese Denkfabrik Interviews und Fragerunden mit demokratischen Präsidentschaftskandidaten, um ihnen auf den Zahn zu fühlen. Auf der eigens für den Wahlkampf eingerichteten Internetseite <http://www.cfr.org/campaign/campaign2004.php> finden sich Informationen zu den Kandidaten und Dokumente ihrer wichtigsten Aussagen zur Außenpolitik. In einer aktuellen, landesweiten Umfrage liegt Clarke mit 22 Prozent vorne, womit er Howard Dean, den früheren Gouverneur Vermonts ablöst. Für Dean als demokratischen Präsidentschaftskandidaten sprachen sich 13 Prozent aus; John Kerry, Senator aus Massachusetts erhielt 11 Prozent. Dick Gephardt, der für Missouri im Abgeordnetenhaus sitzt, und Joseph Lieberman, Senator aus Connecticut, liegen mit 10 Prozent gleichauf.

Terroranschläge aus dem Container

Die Angst vor erneuten Terroranschlägen in den USA ist noch lange nicht verschwunden. Jetzt ist selbst ein Think Tank, die **RAND Corporation**, dem Beispiel von **Tom Ridges** Heimatschutz-Ministerium gefolgt und hat ein Handbuch für den Fall eines Terrorangriffs herausgegeben. Auf 33 Seiten steht, wie sich der Bürger auf chemische, radiologische, nukleare und biologische Attacken vorbereiten und darauf reagieren kann. (<http://www.rand.org/publications/MR/MR1731.1/>).

In dem Report "Seacurity: Improving the Security of the Global Sea-Container Shipping System" haben Analysten von **RAND Europe** herausgefunden, dass Container, die verschifft werden, ein potenzielles Transportmittel für Waffen und andere gefährliche Materialien sind und von Terroristen gar als Massenvernichtungswaffen genutzt werden könnten. So würden 90 Prozent aller Ladungen über Container verschifft – 250 Millionen Tonnen, Handelseinreisen,

Fahrten? jährlich. Doch nur schätzungsweise zwei Prozent der Container würden überhaupt auf ihren Inhalt überprüft. Das Dilemma ist offensichtlich: Wie ließen solche Transporte vermeiden oder auch besser kontrollieren, ohne dass dies zu riesigen Kosten führen würde?

(<http://www.rand.org/publications/MR/MR1695/MR1695.pdf>).

Wirtschaftswachstum und hoher Benzinverbrauch: Amerikanische Ölversorgung in Gefahr?

An SUVs – Sports Utility Vehicles – scheiden sich die amerikanischen Geister. Der kalifornische Gouverneurskandidat **Arnold Schwarzenegger** liebt seinen „Hummer“, ein Wüstenfahrzeug, das die US-Armee im zweiten Golfkrieg genutzt und der Autohersteller „Hummer“ für den Straßenverkehr umgebaut hat. Umweltbewusste wettern gegen SUVs, schließlich verbrauchen diese Kraftmaschinen nicht selten mehr als 25 Liter Benzin auf 100 Kilometer. Damit immer genug Sprit für immer mehr SUVs zur Verfügung steht, so eine populäre Auffassung, wollte Präsident Bush den Irak bekriegen. In dem Report „New Forces at Work in Refining: Industry Views of Critical Business and Operations Trends“ schließt sich die **RAND Corporation** dieser Auffassung zumindest teilweise an. Unter der Federführung von **D.J. Peterson** und **Sergej Mahnovski** heißt es dort, dass der Benzinverbrauch in den vergangenen zehn Jahren vor allem durch SUVs und Wirtschaftswachstum stetig gestiegen ist. Im Auftrag des US-Energieministeriums versucht der Report, zukünftige Herausforderungen für die Ölversorgung zu beantworten.

Wirtschaftswachstum und Armut in Amerika; zaghafte Wachstum in Deutschland

Amerikas Wirtschaft wächst wieder, doch leider ohne dass dabei neue Jobs entstehen. Das bestätigt auch **Martin Baily** vom **International Institute of Economics (IIE)**. Baily betrachtet den Zustand der amerikanischen Wirtschaft mit verhaltenem Optimismus. Im aktuellen „US Economic Outlook“ schreibt er, dass die Aussichten für eine schnelle Erholung gut seien – die Amerikaner erinnern sich schlicht ihrer Konsumgewohnheiten während des Booms der **Clinton**-Jahre. Arbeitsplätze indes würden auch während eines neuen Aufschwungs nicht entstehen, sondern eher verloren gehen. Das hat vor allem für die Menschen am

unteren Ende der Wohlstandsskala fatale Konsequenzen, wie ein kleiner progressiver Washingtoner Think Tank, das **Center on Budget and Policy Priorities**, kürzlich berechnet hat: Allein im vergangenen Jahr sind 1,3 Millionen Amerikaner unter die Armutsgrenze gerutscht, die Hälfte davon Kinder. Insgesamt gelten in den USA fast 35 Millionen Menschen als arm; das sind 12 Prozent der Bevölkerung. Die zeitlich begrenzte Sozialhilfe erreiche – aus nicht ganz nachvollziehbaren Gründen – dem Report zufolge nur noch die Hälfte der eigentlich Berechtigten, was dazu führe, dass die Regierung mit einem Rückgang der Sozialhilfefälle werbe (<http://www.cbpp.org/9-3-03pov.pdf>). Genaue Zahlen hierzu hat das Census Büro der USA in seinem jährlichen Bericht am 26. September 2003 bekannt gegeben: In 2002 ist die Armutsrate von 11,7 Prozent in 2001 auf 12,1 Prozent gestiegen, womit 34,6 Millionen Amerikaner als arm gelten. Unterhalb der Armutsgrenze leben heute 7,2 Millionen Amerikaner bzw. 9,6 Prozent aller Familien (in 2001: 6,8 Millionen bzw. 9,2 Prozent). Die offizielle Armutsgrenze beträgt \$18.392 für eine vierköpfige Familie, \$14.348 und \$9.183 für eine einzelne Person.

Auf der Pressekonferenz zum „World Economic Outlook“, veranstaltet vom **Internationalen Währungsfonds (IWF)** und der **Weltbank** in Dubai, hat IWF-Ökonom **Kenneth Rogoff** die Eurozone auf die Plätze verwiesen (<http://www.imf.org/external/pubs/ft/weo/2003/02/index.htm>). Wachstum würden die Europäer bloß erleben, wenn sie Zeitungsberichte über die amerikanische Wirtschaft läsen. **Adam Posen**, der Deutschland-Experte des IIE, ist nicht so pessimistisch wie sein Kollege vom IWF. Posen sieht die Agenda 2010 der Regierung **Schröder** als Chance für die deutsche Wirtschaft – vorausgesetzt, die Agenda wird Wirklichkeit. Bis zum Aufschwung werde es noch einige Zeit dauern, vor allem, wenn die **Europäische Zentralbank** weiterhin an ihrer strikten Politik der Preisstabilität festhalte. Denn diese verbietet große (öffentliche) Investitionen. Insgesamt, so Posen, ist die Eurozone trotz des schwachen deutschen Wachstums auf dem Wege der Besserung. Ohne Einfluss auf diese Entwicklung sind dabei das Nein der Schweden zum Euro und die EU-Osterweiterung (<http://www.iie.com/publications/papers/posen0903.pdf>).

Adam Smith hatte Recht: Globalisierung führt zu Wohlstand

Wissenschaft schützt vor Popularität nicht. Das hat der 30-jährige Schwede **Johan Norberg** erfahren, nachdem sein Buch „In Defense of Global Capitalism“ erst in Europa und in diesem Monat auch in den USA erschienen war. Norberg, im Hauptberuf Fellow beim schwedischen Think Tank **Timbro** und Fernsehmoderator, hat nachvollzogen, was schon **Adam Smith**, dessen Schüler **David Ricardo** und später **Milton Friedman** predigten: Freihandel führt zum Wohlstand der Nationen. Allerdings müsse der Handel frei sein und dürfe nicht bedeuten, dass eine europäische Kuh per Capita und Tag mehr Subventionen erhalte, als ein armer Mensch in einem Entwicklungsland an einem einzelnen Tag verdienen könne. Pünktlich zum Treffen der **Welthandelsorganisation** haben das **CATO Institute**, **The American Prospect**, **A World Connected** und **The Nation** eine Debatte veranstaltet zwischen Norberg und **Robert Kuttner**, dem Mitbegründer und Mitherausgeber von **The American Prospect**. Sämtliche Beiträge zum Für und Wider der Globalisierung des Welthandels finden sich unter <http://www.cato.org/special/symposium/debate.html>.

Die Grundfesten von wirtschaftlicher Freiheit sind, ganz im Sinne von **Smith**, **Friedman** und **Hayek**, persönliche Wahl, freiwilliger Austausch und offene Märkte. Diese Freiheiten, so glauben Ökonomen, sind der Motor von Wachstum. Für **CATO** haben die Ökonomen **James Gwartney** und **Robert Lawson** „2003 Annual Report“ zum „Economic Freedom of the World“ geschrieben. Sie fragen, welches das ökonomisch freieste Land ist. Danach führt Hong Kong die Liste, dicht gefolgt von Singapur, den Vereinigten Staaten, Neuseeland und Großbritannien. Deutschland fällt der 20. Platz zu. Die Rangliste findet sich im Internet: <http://www.cato.org/catostore/EFW2003/EFW2003execsum.pdf>.

Islam und Demokratie vertragen sich

Sind Islam und Demokratie unvereinbar? Sind Muslime dazu verdammt, ihr Leben unter der Herrschaft von Tyrannen und autokratischen Regimes zu fristen? Nein, sagt **Noah Feldman**, Juraprofessor an der **New York University**, Berater der US-Regierung für eine neue irakische Verfassung und Fellow bei der **New America Foundation**. Im Gegenteil, schreibt Feldman, viele Muslime sehnten sich nach Demokratie, weshalb die USA den verbleibenden autokratischen Herrschern in muslimischen Staaten nicht länger beistehen sollten. Der Beweis dafür, dass sich

Demokratie und Islam nicht ausschließen, sei die Türkei. Dieses Beispiel sollte, so Feldman, Schule machen.

What's New?

Visiting Scholars bei Carnegie und Ford Fellowship des AEI

Wissenschaft ist nicht statisch, sie lebt und entwickelt sich durch den Austausch von Ideen. So genannte *Visiting Scholars*, Forscher auf Besuch, gibt es in jedem Think Tank. Seit September forscht der Journalist **John Judis** bei **Carnegie Endowment for International Peace**. Hier will der Redakteur von **The New Republic** sein neues Buch zum amerikanischen Imperialismus schreiben. **Khalid Al-Dakhil**, der sonst politische Soziologie an der **King Saud University** in Riad lehrt, forscht seit kurzem zu Saudi Arabien beim **Carnegie Democracy and Rule of Law Project**.

Zu Ehren des früheren US-Präsidenten **Gerald R. Ford** (1974-77), hat das **American Enterprise Institute (AEI)** ein neues Fellowship-Programm ins Leben gerufen. Seit Ende seiner Präsidentschaft 1977 ist Ford außerordentlicher Fellow beim AEI, seit 1982 auch Gastgeber des jährlichen AEI World Forum. Das neue Programm gilt Graduierten, die sich mit amerikanischer Politik beschäftigen.

Bibliographie

Madeleine Albright, Bridges, Bombs, or Bluster, Foreign Affairs September/October 2003. Onlineversion:

<http://www.foreignaffairs.org/20030901faessay82501/madeleine-k-albright/bridges-bombs-or-bluster.html?mode=print>

Madeleine Albright, Think Again: The United Nations, Foreign Policy, September 2003. Onlineversion: <http://www.foreignpolicy.com/story/story.php?storyID=13816#>

Ronald Asmus, Rebuilding the Atlantic Alliance, Foreign Affairs, September/Okttober 2003.

Martin Baily, The US Economic Outlook. Optimism With Some Uncertainties, a Productive Puzzle and a Job Loss Recovery, Washington, DC, Institute for International Economics, September 2003. Onlineversion:

<http://www.iie.com/publications/papers/baily0903.pdf>.

Kurt Campbell und Celeste Johnson Ward, New Battle Stations?, Foreign Affairs, September/Okttober 2003.

Chester Crocker, Engaging Failing States, Foreign Affairs, September/Okttober 2003.

Mark Falcoff, Cuba the Morning After. Confronting Castro's Legacy, Washington, DC, AEI Press, 2003, 285 S., \$ 25.

Noah Feldman, After Jihad. America and the Struggle for Islamic Democracy, Farrar, Straus and Giroux, 2003, 272 S, \$ 24.

Mauricio Font, Transforming Brazil. A Reform Era in Perspective. Lanham, Rowman&Littlefield, 2003, 288 S, \$75/25,95.

Adam Posen, Germany and the Eurozone Outlook. Improvements for the Medium Term. Little Immediate Help, Washington, DC, Institute for International Economics, September 2003. Onlineversion:

<http://www.iie.com/publications/papers/posen0903.pdf>.

RAND Corporation, New Forces at Work in Refining: Industry Views of Critical Business and Operations Trends, Washington, DC, 2003.

RAND Europe, Seacurity": Improving the Security of the Global Sea-Container Shipping System, Washington, DC. Onlineversion:

<http://www.rand.org/publications/MR/MR1695/MR1695.pdf>

James Rubin, Stumbling Into War, Foreign Affairs, September/Okttober 2003.

Think Tanks im Internet

American Enterprise Institute for Public Policy Research (AEI): www.aei.org

The Brookings Institution: www.brookings.edu

Carnegie Endowment for International Peace: www.ceip.org

CATO Institute: www.cato.org

Center for Strategic and International Studies (CSIS): www.csis.org

Center on Budget and Policy Priorities: www.cbpp.org

The Heritage Foundation: www.heritage.org

Institute for International Economics (IIE): www.iie.org

The New America Foundation: www.newamerica.net

RAND Europe: <http://www.rand.org/randeurope/>

RAND Corporation: www.rand.org